



Inhalt

1.	Zypernfrage.....	2
2.	Gasvorkommen.....	4
3.	Griechische Zyprioten	4
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	4
	Innenpolitische Entwicklungen.....	6
4.	Türkische Zyprioten	8
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	10

1. Zypernfrage

Am 26. September sprach Präsident Nicos Anastasiades vor der 68. UN Vollversammlung, die zwischen dem 24. September und 1. Oktober in New York abgehalten wurde, nur wenige Wochen vor der erwarteten Wiederaufnahme der Friedensgespräche Mitte Oktober.

Anastasiades stellte den Vertretern der Weltgemeinschaft seine Vorstellungen für ein zukünftiges Zypern und eine Lösung des Zypernproblems vor. Er bezog sich insbesondere auf seine Vorschläge im Zusammenhang mit der Öffnung der abgeäunten Geisterstadt Varosha. Diese vertrauensbildenden Maßnahmen könnten die Wirtschaft ankurbeln und neue Arbeitsplätze für beide Bevölkerungsteile schaffen. Er betonte jedoch, dass sich beide Seiten vor der Aufnahme der Gespräche auf verbindliche Verhandlungsregeln und Ziele verständigen müssten. Das Hauptziel sei die Umwandlung der Republik Zypern in einen bizonalen, bikommunalen Staat mit einer einheitlichen internationalen Rechtspersönlichkeit, sowie einer Souveränität und einer Staatsbürgerschaft. Der Präsident bezog sich auch auf die ergänzende Rolle, die die EU im Verhandlungsprozess einnehmen sollte. Während seines Aufenthalts in den USA traf sich Anastasiades mit dem amerikanischen Vizepräsident Joe Biden und dem US Außenminister John Kerry sowie UN Generalsekretär Ban Ki-Moon.

Anastasiades Rede wurde von der Türkei begrüßt und wurde in den türkischen Medien als konstruktiv und moderat bezeichnet. Zwei Tage zuvor hatte der türkische Präsident

Abdullah Gül seine eigene Rede vor der UN Vollversammlung gehalten. Zum ersten Mal verließ die griechisch-zypriotische Delegation nicht das Plenum während der Rede eines türkischen Präsidenten. Gül rief die internationale Gemeinschaft dazu auf, die griechischen Zyprioten darin zu bestärken, sich in ergebnisorientierten und zeitlich begrenzten Verhandlungen aufrichtig in die Gespräche einzubringen. Gül wurde von den türkischen Medien auch dahingehend zitiert, dass er die griechisch-zypriotische Delegation aufforderte, die ‚Angelegenheit nicht hinauszuzögern‘.

Nikosia hatte die Rückgabe der abgeäunten Stadt Varosha an ihre rechtmäßigen Eigentümer unter UN Aufsicht vorgeschlagen. Im Gegenzug soll der Hafen von Famagusta für den internationalen Handel geöffnet werden und einige, bisher blockierte Kapitel bei den türkischen EU Beitrittsverhandlungen geöffnet werden. Erklärtes Ziel dieses Vorschlages ist es, eine neue Dynamik in die festgefahrene Situation zu bringen, die das von gegenseitigem Misstrauen gezeichnete Verhältnis zwischen der Türkei und den griechischen Zyprioten verbessern könnte.

Ankara hingegen schlägt als Gegenleistung für eine Öffnung der Häfen und des Flughafens von Ercan/Timbou im Norden vor, türkische Häfen und Flughäfen für griechisch-zypriotisch registrierte Schiffe und Flugzeuge zu öffnen. In diesem Zusammenhang berichteten türkische Medien zu Beginn des Monats, dass der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Derviş Eroglu zur Öffnung Varoshas und der Rückkehr der griechisch-zypriotischen Flüchtlinge bereit sei, wenn jene zuvor einen Antrag

bei der im Norden ansässigen Kommission für unbewegliches Eigentum (Immovable Property Commission – IPC) stellten. Eroglu soll auch verlangt haben, dass die Administration von Varosha nicht unter die Kontrolle der Vereinten Nationen oder der Republik Zypern gestellt werden solle. Stattdessen sollte die türkisch-zypriotische Stadtverwaltung von Famagusta für Varosha zuständig sein. Die öffentliche Sicherheit solle von der türkisch-zypriotischen Polizei, welche ihrerseits der direkten Kontrolle der türkischen Armee im Norden der Insel untersteht, gewährleistet werden.

Am 24. September vereinbarten Griechenland und die Türkei auf einen Vorschlag Nikosias hin und nach einem Treffen in New York zwischen dem griechischen Außenminister Evangelos Venizelos und seinem türkischen Amtskollegen Ahmet Davutoglu, getrennte Treffen mit den griechisch- und türkisch-zypriotischen Verhandlungsführern bei den Zyperngesprächen, Andreas Mavroyiannis bzw. Osman Ertug, abzuhalten. Diese Entwicklung ist deshalb so bedeutend, da zum ersten Mal seit der türkischen Invasion von 1974 ein direkter Gesprächskanal zwischen der griechisch-zypriotischen und der türkischen Regierung eröffnet würde. Der direkte Kontakt zwischen den türkischen Zyprioten und der griechischen Regierung ist weniger signifikant, da Griechenland in den Verhandlungen eine eher passive Rolle innehat. Das Treffen zwischen den zypriotischen Offiziellen in ihrer Funktion als Verhandlungsführer der beiden Volksgruppen und der griechischen und der türkischen Regierung vermeidet klugerweise die problematische Statusfrage, die bis jetzt direkte Gespräche

zwischen den beiden zypriotischen Bevölkerungsgruppen und ihren jeweiligen ‚Mutterländern‘ verhinderte. Die Türkei erkennt die griechisch-zypriotisch dominierte Regierung der Republik Zypern nicht an, so wie Griechenland die Administration der separatistischen TRNZ¹ nicht anerkennt. Zu Beginn des Monats fanden eine Reihe von Treffen zwischen dem UN Sonderbeauftragten Alexander Downer und den Verhandlungsführern beider Seiten statt. Downer traf sich auch mit Präsident Anastasiades und dem türkisch-zypriotischen Volksgruppenvertreter Dervisch Eroglu. Der Sonderbeauftragte informierte auch den türkischen Außenminister Ahmet Davutoglu über den Vorschlag der griechischen Zyprioten hinsichtlich der Rückgabe von Varosha. Davutoglu war nicht bereit, den Vorschlag zu diskutieren und betonte, dass Varosha nicht auf der Tagesordnung stehe.

Am 18. September leitete der Präsident der EU Kommission, Jose Manuel Barroso, in Brüssel ein Treffen der Lenkungsgruppe für Zypern. Er betonte, dass es eine realistische Chance zur Lösung der Zypernfrage gebe. Die Gruppe wurde 2009 von Barroso ins Leben gerufen, um

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Dervisch Eroglu der Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Gemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern international als Regierung für die gesamte Insel anerkannt ist, gilt die gesamte Insel als Mitglied der Europäischen Union. Der Acquis communautaire ist jedoch im nördlichen Teil Zyperns so lange ausgesetzt, bis eine politische Lösung für das Zypernproblem gefunden wird (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages).

auf Seiten der Europäischen Kommission die Friedensgespräche zu unterstützen und die mit der EU verbundenen Aspekte einer Lösung zu koordinieren.

Am 17. September unterzeichneten die Vertreter für das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme – UNDP) mit der Kirche Zyperns und der türkisch-zypriotischen religiösen Stiftung Evkaf zwei Beitragsvereinbarungen in Höhe von €2,5 Millionen Euro zur Restaurierung des Klosters von Apostolos Andreas auf der Halbinsel Karpas.

2. Gasvorkommen

Am 11. September wurden die Tests zur Gasproduktion (sogen. Drill Stem Tests) in Block 12, der von Noble Energy und seinen Partnern ausgebeutet wird, aufgenommen. Dies geschah mit einer Woche Verspätung aufgrund technischer Probleme. Das amerikanische Unternehmen führte die Tests durch, um die Druckverhältnisse zu messen und um festzustellen, ob die Quelle über genügend wirtschaftlich verwertbare Reserven verfügt.

Als Teil der Testreihe wurde eine Flamme auf der Plattform angezündet (sogen. Flaring). Gasproben wurden zur Analyse an die Labore von Noble in Houston geschickt und vorläufige Ergebnisse sollten drei Wochen später vorliegen. Nach bisherigen Schätzungen verfügt Block 12 über eine durchschnittliche Menge von sieben Billionen Kubikfuß (tcf) Erdgas, mit einem durchschnittlichen Vorkommen zwischen

fünf und acht tcf. Offiziellen Stellungnahmen zufolge sind sechs tcf bestätigte Reserven notwendig, damit die Quelle wirtschaftlich ist. Es gibt eine Wahrscheinlichkeit von 25%, dass eine zweite Bestätigungsbohrung notwendig ist.

Die zypriotische Natural Gas Public Company (DEFA) brach die Verhandlungen mit dem von ihr bevorzugten russischen Anbieter Itera ab und bat einen zweiten Anbieter, Vitol, ein verbessertes Angebot für die zeitweilige Lieferung von Gas zu unterbreiten. Das Gas soll für die Stromerzeugung genutzt werden, da die Insel zur Zeit von teurem Schwer- und Erdöl sowie Diesel bei der Energiegewinnung abhängig ist. Itera machte zunächst ein Angebot über \$16 für eine Million BTU, und senkte später den Preis auf \$14,75. Dieser Preis wurde von der DEFA als immer noch zu teuer eingestuft. Momentan liegen die Spotmarktpreise zwischen \$12,5 und \$13. In diesem Zusammenhang betonte Präsident Anastasiades, dass sich die Regierung alle Optionen offenhalten wolle und bat den Rechnungshof, die Berechnungen zur Stromnutzung auf Seiten der DEFA bei der Bewertung von Iteras Angebot zu überprüfen.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Einem Bericht der Troika vom 18. September zufolge kann Zypern Erfolge bei der Restrukturierung des Bankensektors und bei den wirtschaftlichen Strukturreformen verzeichnen. Es gäbe jedoch noch ein Reihe bedeuten-

der Risiken für die Insel, insbesondere eine ungewisse wirtschaftliche Prognose, die Risiken einer unzureichenden oder weniger ergiebigen Privatisierung der halbstaatlichen Organisationen sowie das immer noch schwache Vertrauen in die Banken.

Während der Hauptversammlung der Bank of Cyprus (BoC) am 10. September wurde ein neuer Vorstand gewählt. Sechs des sechzehn Mitglieder umfassenden neuen Vorstandes sind russische Staatsangehörige, die beträchtliche Mengen an Kapital durch den erzwungenen Tausch von 47,5% ihrer Einlagen über €100.000 in Bankanteile im Zuge der Rekapitalisierung verloren haben. Eine zweiwöchige Verspätung bei der Anerkennung des neuen Vorstandes durch die zypriotische Zentralbank veranlasste Präsident Anastasiades über einen Gang zum Verfassungsgericht nachzudenken. Er drohte auch damit, den Präsidenten der Zentralbank, Panikos Demetriades, zu entlassen. Dies wiederum rief die EU Kommission und den Internationalen Währungsfond auf den Plan, die konsterniert auf den Vorschlag der Regierung reagierten. Eine gute Zusammenarbeit zwischen der Regierung und dem Präsidenten der Zentralbank ist äußerst wichtig bei der Umsetzung des Rettungspaketes. Im Oktober wird der IWF zum zweiten Mal nach Zypern kommen, um die Umsetzung des Bailoutprogramms zu bewerten.

Am 27. September erfolgte eine Auszahlung von 1,5 Milliarden Euro durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zur Rekapitalisierung der Genossenschaftsbanken. Das Darlehen, in zwei gleichen Auszahlungen von jeweils 750 Millionen Euro, muss 2029 bzw. 2030

getilgt werden. Zypern hat somit bis dato 4,5 Milliarden Euro von insgesamt 9 Milliarden Euro Finanzhilfe durch den ESM erhalten. Eine Milliarde des 10 Milliarden Euro umfassenden Rettungspaketes wird von dem IWF zur Verfügung gestellt.

Die Regierung plant, die seit März diesen Jahres bestehenden Kapitalverkehrskontrollen bis Januar 2014 aufzuheben, obwohl noch kein genauer Zeitplan für die Wiederaufnahme normaler Bankgeschäfte besteht.

Russland und Zypern unterzeichneten am 12. September eine Vereinbarung zur Restrukturierung des 2,5 Milliarden Euro umfassenden russischen Darlehens, das die Insel 2011 erhalten hatte. Die Vereinbarung legt fest, dass das Darlehen mit Hilfe von acht halbjährlichen Rückzahlungen mit einem Zinssatz von 2,5% zwischen 2018 und 2021 zurückgezahlt wird. Moody's Investors Service zufolge spart die Regierung durch diese Vereinbarung 160 Millionen Euro. In der Zwischenzeit wurde Präsident Anastasiades in russischen Medien dahingehend zitiert, dass er beabsichtige, russische Anleger, die durch das Rettungspaket Kapital verloren haben, zu kompensieren.

Eurostat zufolge verzeichnete Zypern im zweiten Quartal 2013 sowohl im vierteljährlichen wie auch im jährlichen Vergleich europaweit die höchste Abnahme bei den Beschäftigungszahlen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum fiel die Zahl der Beschäftigten um 6,1%. Dem Amt für Statistik zufolge erreichte die Arbeitslosigkeit im August einen neuen Höchststand mit 48.451 oder 17,3% im Vergleich zu 48.001 im

Juli. Es wird erwartet, dass das Arbeitsministerium neue Maßnahmen zur Bekämpfung der zunehmenden Arbeitslosigkeit ankündigt.

Privatkunden und Firmen ziehen weiterhin Einlagen von zypriotischen Banken ab. Nach einem Rückgang von 2,4% im Juli nahmen im August die Einlagen der privaten Anleger um 2,1% auf 35,9 Milliarden Euro im Vergleich zu 50,5 Milliarden Euro im Mai 2012 ab.

Am 28. September legte der Untersuchungsausschuss, der die Hintergründe für den beinahe Kollaps der Wirtschaft des Landes untersuchen soll, der Regierung seine Ergebnisse vor. Der Ausschuss besteht aus dem ehemaligen Präsidenten des Verfassungsgerichts und Mitglied des Internationalen Gerichtshof in Den Haag, Giorgos Pikis, dem ehemaligen Richter am Verfassungsgericht, Andreas Kramvi und Eliana Nicoalou, einer ehemaligen Ombudsfrau und Richterin. Das Komitee war ursprünglich damit beauftragt worden, eine mögliche zivil- oder strafrechtliche sowie politische Verantwortung im Hinblick auf die Entwicklungen in der zypriotischen Wirtschaft und im Bankensektor zu untersuchen. Der Ausschuss sah jedoch von der Untersuchung möglicher strafrechtlich relevanter Verantwortlichkeiten ab und konzentrierte sich stattdessen auf die politische Schuldzuweisung. Der ehemalige Präsident Demetris Christofias verweigerte sich einer mündlichen Befragung durch den Ausschuss. Die Ergebnisse des Berichts werden erst Anfang Oktober veröffentlicht.

Innenpolitische Entwicklungen

In einem der größten Schmiergeldskandale in der Geschichte der Republik Zypern wurden Haftbefehle gegen leitende Angestellte der zypriotischen Telekom (CyTA), einen Gewerkschaftsvertreter, einen Angestellten des Katasteramtes, einen griechischen Geschäftsmann sowie zwei Polizisten und Zyperns kommunistische Partei AKEL ausgestellt. Die Hauptverdächtigen wurden u.a. der Bestechung und des Betrugs beschuldigt und in Untersuchungshaft genommen. Die Beschuldigten waren nach Ansicht der Staatsanwaltschaft Teil eines dubiosen Landverkaufs in Höhe von über 20 Millionen Euro. Das Grundstück in der Nähe von Larnaca wurde von einem griechischen Geschäftsmann an die Pensionskasse der CyTA verkauft. Der Kaufpreis überstieg den ursprünglichen Preis um ein mehrfaches. Das Grundstück hatte einem türkischen Zyprioten mit gefälschter Aufenthaltsbescheinigung gehört. Anscheinend wurde ein Teil des Geldes an den mit der kommunistischen Partei AKEL verbundenen Fußballverein ALKI weitergeleitet. AKEL stellte in dieser Zeit die Regierung. Ein Abgeordneter der AKEL wird nun beschuldigt, Bestechungsgelder angenommen zu haben. Der *Cyprus Mail* zufolge sieht der Sprecher von AKEL, Kyprianou, jedoch nichts Verwerfliches darin, dass 234.000 Euro an das örtliche Parteibüro in Larnaca gezahlt wurden. Das Geld sei an die Mitglieder des Fußballvereins weitergeleitet worden, um überfällige Kredite abzubezahlen, die jene aufgenommen hatten, um dem finanziell angeschlagenen Verein unter die Arme zu greifen. Angesichts der neuesten Enthüllungen

versprach Justizminister Ianos Nicolaou, dass die Zeiten, in denen solche Aktivitäten straflos waren, vorüber seien.

In diesem Zusammenhang stimmte das Parlament einer Prüfung der derzeitigen Rechtsvorschriften zur Transparenz der Parteienfinanzierung zu, um letztendlich den Empfehlungen von GRECO, der Antikorruptionsgruppe des Europarats, zu entsprechen. Die zur Zeit geltenden Gesetze müssen in den folgenden Bereichen geändert werden: Verbot anonymer Parteispenden; alle Geldgeschäfte der Parteien müssen von Banken abgewickelt werden; eine gesetzliche Pflicht für Parteien zur Veröffentlichung ihrer Buchführung; Verbot von Parteispenden durch staatlich kontrollierte Unternehmen (wie z.B. die halbstaatlichen Unternehmen); Parteien müssen sich vor Gericht ebenso verantworten wie andere juristische Personen; abschreckende Strafen, wenn die Parteien ihre Buchführung nicht einer öffentlichen Prüfung unterziehen, wie z.B. Geldstrafen oder die Einstellung der Zahlung staatlicher Finanzierung.

Als Teil der Umstrukturierung und des Sparprogrammes muss Zypern bis Ende 2015 ein seit langem überfälliges, allgemeines Gesundheitssystem einführen. Das Ziel ist es, die steigenden Ausgaben im Gesundheitsbereich zu senken. Um dies zu erreichen, sind wichtige Schritte, wie z.B. die Einführung eines Computersystems, notwendig. Es wird davon ausgegangen, dass der Staat durch ein neues Gesundheitssystem bis zu 292 Millionen Euro in einem Zeitraum von zehn Jahren einsparen könnte. Der Beitrag des Staates würde sich auf 4,55% belaufen, während Angestellte 2,23%, Selbstständige 3,97%,

Rentner 2,23% und Arbeitgeber 2,55% des Bruttogehalts besteuern müssten. In einem ersten Schritt wurde beschlossen, dass Beamte 1,5% ihres Bruttoeinkommens in den Gesundheitsfond zahlen. Gleichzeitig müssen nun Gebühren für die Nutzung der Notaufnahme, den Besuch bei einem staatlichen Arzt und Medikamente und Laboranalysen gezahlt werden. Derzeit ist Zypern das einzige EU Land ohne eine allgemeine Krankenversicherung.

Um die Kosten im öffentlichen Bereich zu senken, möchte Präsident Anastasiades die Reform des öffentlichen Dienstes schnellstmöglich durchführen, um ihn effizienter und flexibler zu machen. PASYDY, die Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes, weigert sich, mit der Beauftragten zur Reform des öffentlichen Dienstes, Emmanuella Lambrianides, zu kooperieren. Stattdessen solle man den öffentlichen Dienst ‚in Ruhe lassen‘. Die Reformen stützen sich auf fünf Säulen: Stärkung der Kapazitäten zur strategischen Planung; die Ausarbeitung eines Regelwerkes und Koordinierung; die Umstrukturierung der Arbeitsabläufe; bessere Nutzung, Fortbildung und Stärkung der Angestellten und die Verbesserung der Beziehungen zwischen Staat und Öffentlichkeit. Die Pläne für die Reformen sollen bis 2016 umgesetzt werden.

Derweil nimmt die Anzahl jener öffentlichen Angestellten, die in Frührente gehen, stetig zu. Während 2011 344 Angestellte in Frührente gingen, waren es 2012 734 und 2013 waren es bereits 730. Es wird damit gerechnet, dass bis Ende des Jahres die Anzahl der Frührentner 1.000 überschreiten wird. In einigen Fällen kann

die Einmalzahlung am Berufsende mehr als 200.000 Euro betragen und viele Beamte befürchten, dass diese Zahlungen in Zukunft geringer ausfallen werden. Zusätzlich zu den finanziellen Belastungen für den Staatshaushalt durch die auszahlenden Sondervergütungen entstehen derzeit große Lücken im öffentlichen Dienst durch den Weggang qualifizierten Personals. Des Weiteren kritisiert die Gewerkschaft die Versetzung von Beamten in andere Ministerien. Das Ergebnis ist, dass einige Ministerien überbesetzt sind, während andere zu wenig Angestellte haben. Eine hohe Zahl der von Versetzungen betroffenen Beamten haben bereits Beschwerde eingelegt.

4. Türkische Zyprioten

Der September begann mit der Bildung einer neuen Regierung. Nach den Parlamentswahlen Ende Juli und nach Koalitionsverhandlungen wurde dem Parlament am 2. September das neue Kabinett vorgestellt. Die Minister kamen aus den beiden, der neuen Regierungskoalition angehörenden Parteien, der Republican Turkish Party-United Forces (CTP-BG) und der Democrat Party-National Forces (DP).

Das neue Kabinett setzt sich wie folgt zusammen: Der Vorsitzende der CTP-BG Ozkan Yorgancıoğlu soll das Amt des Premierministers einnehmen. Serdar Denktash, der Vorsitzende der DP-UG, wird das Amt des Vizepremierministers besetzen. Außerdem wird er den Ministerien für Wirtschaft, Tourismus, Kultur und Sport vorstehen. Das Innenministerium

wurde an Teberruken Ulucay von der CTP-BG vergeben. Andere Ministerien, die an die CTP-BG gingen, sind das Ministerium für Finanzen, (Zeren Mungan), das Außenministerium (Ozdil Nami), das Arbeits- und Sozialministerium (Aziz Gurpinar), das Ministerium für Nahrung, Landwirtschaft und Energie (Onder Sennaroglu) und das Gesundheitsministerium (Ahmet Gulle). Die verbleibenden Ministerien wurden an die DP-UG vergeben. Das Entwicklungs- und Transportministerium ging an Ahmet Kasif, Umwelt und Rohstoffe an Hamit Bakirci und Bildung an Mustafa Arabacıoğlu.

Am folgenden Tag wurden die neuen Minister offiziell eingeführt, indem sie ihr Amt von den Ministern der zweimonatigen Übergangsregierung übernahmen. Die Bildung einer Übergangsregierung war notwendig geworden, da die Vorgängerregierung durch ein Misstrauensvotum zu Fall gebracht worden war und vorgezogene Wahlen angesetzt werden mussten.

Überraschenderweise wurde Sibel Siber nicht ins Kabinett berufen. Sie ist eine sehr beliebte Politikerin von der CTP-BG, die als erste Frau das Amt des Premierministers während der Übergangsregierung innehatte. Außerdem hatte sie die höchste Anzahl der Stimmen von allen CTP-BG Kandidaten in der Wahl im Juli erhalten. Ihr wurde jedoch das prestigeträchtige, ansonsten jedoch vor allem symbolische, Amt der Parlamentssprecherin angeboten, was sie auch annahm.

Das Programm der Regierung wurde dem Parlament am 9. September vorgelegt, woraufhin

der Regierung am 12. September formal das Vertrauen ausgesprochen wurde. 32 Abgeordnete stimmten für und 16 gegen die Regierung. Zwei Abgeordnete waren abwesend.

Die Einführung der neuen Regierung fand gleichzeitig mit diplomatischen Bemühungen statt, die darauf zielten, die Friedensgespräche im Herbst wiederaufzunehmen. Die Ernennung von Ozdil Nami als Außenminister gab der türkisch-zypriotischen Seite die Möglichkeit als eine geeinte Front gegenüber den griechischen Zyprioten und der internationalen Gemeinschaft aufzutreten. Während Nami zuvor Mehmet Ali Talats Sonderbeauftragter für die Zyperngespräche während dessen Zeit als Premierminister der ‚TRNZ‘ war, schränkt ihn seine neue Rolle als Außenminister bei den Verhandlungen auf formaler Ebene ein. Trotzdem dürften seine Verbindungen zu Talat und seine guten Beziehungen zu ausländischen Diplomaten und der Vertretung der Vereinten Nationen auf Zypern (UN Good Offices Mission) bedeuten, dass seine Stellung innerhalb der Gespräche im Vergleich zu den früheren Außenministern der ‚TRNZ‘ mehr Gewicht haben dürfte.

Es ist auch bedeutsam, dass sich Präsident Eroglu und Nami in Bezug auf die Strategie für die Friedensgespräche absprachen, insbesondere im Hinblick auf die Modalitäten, unter denen die Gespräche im Oktober begonnen werden sollen.

Während der griechisch-zypriotische Präsident Nicos Anastasiades die Frage nach der Rückgabe von Varosha (Maras) als Teil vertrauensbildenden

der Maßnahmen ins Gespräch brachte, sind die türkischen Zyprioten gegen diesen Vorstoß und bestehen darauf, dass die Rückgabe Varoshas in umfassende Gespräche bei den territorialen Fragen eingebettet wird und somit Teil der Verhandlungen ist. Die türkisch-zypriotische Seite legte auch dar, dass territoriale Fragen nicht am Anfang, sondern am Ende des Verhandlungsprozesses stehen sollten. Eroglu und Nami sind in beiden Punkten gleicher Meinung und gaben dies auch öffentlich bekannt.

Eroglu begann Mitte September formelle, beratende Gespräche mit der Regierung und traf sich mit Premierminister Yorgancioglu, Vize-Premierminister Denktasch und Außenminister Nami. Das Bemühen, eine geeinte Front zu präsentieren, wurde auch während mehrerer Treffen mit Vertretern der türkisch-zypriotischen Volksgruppe und Vertretern der Türkei verfolgt. Nami traf Ende September den türkischen Außenminister Ahmet Davutoglu in New York bevor die UN Vollversammlung tagte.

Ban Ki-Moons Sonderbeauftragter in Zypern, Alexander Downer, versuchte mit Hilfe einer Pendeldiplomatie einen Durchbruch zu erlangen, der es beiden Seiten erlauben würde, der Wiederaufnahme von Friedensgesprächen zuzustimmen. Berichten zufolge diskutierte Downer mit dem türkischen Außenminister die Vorschläge von Nicos Anastasiades. Zeitgleich ließen die türkischen Medien einen Plan durchsickern, demzufolge die türkische Seite in einer einseitigen Geste Varosha öffnen wolle und Eigentümern die Möglichkeit geben wolle, bei der türkischen Zypriotischen Eigentumskommission einen wirksamen Rechtsentscheid über ihr

Eigentum in der Geisterstadt zu erlangen. Dieser Rechtsentscheid werde dann wohl auf die Rückgabe des Eigentums hinauslaufen. Dies wurde jedoch von offiziellen Regierungsvertretern wie Eroglu und Nami verneint mit der Aussage, dass es derzeit keinerlei Pläne in dieser Richtung gebe.

Downers Versuche, die Türkei miteinzuschließen, folgten Bemühungen auf der Insel, einen Konsensus in Bezug auf die verfahrenstechnische Vorgehensweise zu erreichen. Für die türkisch-zypriotische Seite war die Ernennung von Andreas Mavroyannis als ‚Verhandlungsführer‘ durch Präsident Anastasiades kontrovers, da in der Vergangenheit stets der Präsident als Verhandlungsführer auftrat, während sich ein spezieller Vertreter mit den technischen Aspekten der Verhandlungen befasste. Downer lud am 10. September Mavroyannis und Eroglus Sonderbeauftragten zu einem Abendessen ein, was die Differenzen jedoch nicht beheben konnte.

Mit Hilfe diplomatischer Bemühungen konnte ein teilweiser Durchbruch erzielt werden. Der türkische Außenminister Davutoglu und der griechische Vize-Premierminister Evangelos Venizelos stimmten darin überein, dass es förderlich wäre, bilaterale Gespräche mit den Vertretern der griechischen und türkischen Zyprioten zu führen. Dies würde bedeuten, dass die Türkei bereit wäre, zypriotische Angelegenheiten direkt mit einem griechisch-zypriotischen Vertreter zu besprechen. Dies wäre ein Novum. Auf der anderen Seite würde Griechenland mit einem türkisch-zypriotischen Vertreter verhandeln. Die Einzelheiten dieses Deals blieben

jedoch unklar und die Nichtanerkennungsproblematik könnte in diesem Kontext immer wieder Problem verursachen. Die Türkei besteht darauf, die Republik Zypern nicht anzuerkennen und insistiert, dass eine umfassende Lösung die Voraussetzung für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen sei.

Die Türkei drängte auf eine Wiederaufnahme der Gespräche während einer Rede von Präsident Abdullah Gül vor der UN Vollversammlung. In der Zwischenzeit traf Eroglu den UN Generalsekretär Ban Ki-Moon, um den türkisch-zypriotischen Standpunkt darzulegen, wie die Gespräche wieder aufgenommen werden könnten. Der September endete mit Berichten, denen zufolge Downer versuche, eine gemeinsame Erklärung der beiden Seiten zu erreichen, in denen die verschiedenen Standpunkte beider Seite in Einklang gebracht werden, um den Verhandlungsbeginn zu ermöglichen.

5. FES Zypern Veranstaltungen

Samstag 5. Oktober 2013, 14.30-19.30
FES

Konferenz und ‘Round Table’ Diskussion

“PICGS” in Trouble. The Impact of the Crises and Austerity Policies on Portugal, Italy, Cyprus, Greece and Spain

UNESCO Amphitheatre, University of Nicosia
Öffentliche Veranstaltung



Mittwoch 23. Oktober 2013, Famagusta

KTOS Famagusta Headquarter

and

Freitag 25. Oktober 2013, Morphou

Baris Nursery School

POST RI / KTOS / FES

Konferenz and Workshop

Peace Education and Gender workshop for

Women Educators

Öffentliche Veranstaltung



18.10.-20.10. November 2013

BROOKINGS INSTITUTE / PRIO CC / FES

Konferenz

**East Mediterranean Hydrocarbons:
Geopolitical and Industry Perspectives,
Markets and Export Routes, and Regional
Cooperation**

Öffentliche Veranstaltung



29.-30. November 2013

ADHR / CYPRUS ACADEMIC FORUM (CAF)/ FES

Konferenz

**The role of Education in a divided country:
the case of Cyprus**

Öffentliche Veranstaltung

Impressum:

Friedrich Ebert Stiftung (FES)

Büro Zypern

Stasandrou Str. 20, Apt. 401

CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336

Email: fescyprus@cytanet.com.cy

Web-Seite (ab Oktober): www.fescyprus.org

Text:

Hubert Faustmann, Erol Kaymak, Yiannis Charalambous und Ute Ackermann Boeros

Übersetzung:

Ute Ackermann Boeros und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) Newsletter abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com